



Resolution des Hessischen Handwerkstages

zur Einführung internationaler
Rechnungslegungsstandards



Der Hessische Handwerkstag lehnt die Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards für kleine und mittlere Unternehmen (IFRS für KMU) - auch als Wahlrecht - in der vorliegenden Form ab.

Nach Auffassung des hessischen Handwerks haben sich die Bilanzierungs-Regelungen des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) bewährt. Sie sollten unter Beibehaltung des bewährten Vorsichtsprinzips sowie des Gläubigerschutzes allenfalls verschlankt und modernisiert, aber nicht durch die vom International Accounting Standard Board (IASB) vorgelegten 'IFRS für KMU' verdrängt werden.

Am 15. Februar 2007 wurde vom IASB ein Entwurf für IFRS-Standards für kleine und mittelständische Unternehmen vorgelegt. Der Hessische Handwerkstag lehnt diesen Entwurf grundsätzlich ab, da er den kleinen und mittleren Betrieben zusätzliche Kosten und zusätzliche Bürokratie, aber keinen erkennbaren zusätzlichen Nutzen bringt:

- Die Adressaten der Abschlüsse kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe sind keine internationalen Kapitalmarktinvestoren, sondern traditionell deutsche Banken und Sparkassen sowie die eigenen Gesellschafter. Für deren Informationsinteresse und Kreditwürdigkeitsprüfung sind keine Abschlüsse nach internationalen IFRS-Standards erforderlich.

IFRS ermöglichen den Betrieben keine Vorteile bei der Kreditaufnahme.

- Für im Handwerk übliche Betriebsgrößen ist eine Rechnungslegung nach IFRS kaum leistbar. Eine sichere Anwendung der Vorschriften wäre nur durch Steuerberater und Wirtschaftsprüfer gewährleistet. Für die große Mehrheit der kleinen und mittleren Handwerksbetriebe entstände die Situation, dass es für den Unternehmer nahezu unmöglich wäre, seinen eigenen Jahresabschluss selbst zu erstellen sowie richtig zu lesen und zu interpretieren. Die von den Finanzbehörden geforderte Steuerbilanz, die zumeist in Form einer Einheitsbilanz erstellt wird, ist völlig ausreichend. **IFRS verursachen bei den Betrieben unnötige zusätzliche Verwaltungskosten.**



- Unzumutbar ist gerade aus Sicht des hessischen Handwerks, dass die Betriebe nach den IFRS-Regeln einen Großteil des Eigenkapitals - Eigenmittel von Personengesellschaften sowie stille Einlagen - als Fremdkapital ausweisen müssen, wenn die Gesellschafter eine Kündigungsmöglichkeit haben.

IFRS würden die Eigenkapitalquote der Betriebe reduzieren.

- Eines der wesentlichen Prinzipien der deutschen Rechnungslegung ist das Vorsichtsprinzip, nach dem Erlöse erst ausgewiesen werden, wenn sie entstanden sind. Nach den IFRS-Regeln sollen aber möglichst zeitnahe und marktbezogene Bewertungen durchgeführt werden, die im Zeitablauf regelmäßig neu durchgeführt werden müssen und zum Ausweis von Scheingewinnen führen können.

IFRS widersprechen dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip.

Der Hessische Handwerkstag spricht sich auch gegen eine optionale Einführung der IFRS für KMU im Zuge der Bilanzrechtsmodernisierung aus. Ein solches Wahlrecht könnte im Zeitablauf - z.B. mit dem Argument des Bürokratieabbaus wegen doppelter Abschlüsse - zu einer verpflichtenden Einführung umgewandelt werden.

Der Hessische Handwerkstag appelliert an die politischen Entscheidungsträger, sich auf Bundes- und europäischer Ebene gegen die Einführung der IFRS für KMU und gleichzeitig für eine Vereinfachung der Prüfungs- und Veröffentlichungspflichten von Jahresabschlüssen einzusetzen.

Wiesbaden, 8. November 2007